

EEG-Reform 2016

Ausbremsen – nicht mit uns!

Hamburg – Betriebsräte und IG Metall sehen in den Eckpunkten zur EEG-Reform Gefahren für die Windindustrie. Statt kontinuierlichem Ausbau droht eine Halbierung des deutschen Windmarktes.

EEG-Reform 2016 – Forderungen des Netzwerks Windindustrie der IG Metall

WIR FORDERN:

- MEHR FLEXIBILITÄT STATT EINER STARREN OBERGRENZE
- FESTGELEGTER AUSBAUKORRIDOR FÜR WIND AN LAND MUSS BESTEHEN BLEIBEN
- ERHALT VON PLANUNGS- UND RECHTSSICHERHEIT BEI WIND OFFSHORE
- EINBEZIEHEN EINER GROSSEN VIELFALT VON AKTEUREN BEI NEUEN PROJEKTEN

Auf der zweiten Betriebsrätekonferenz des IG Metall-Netzwerks Windindustrie in Hamburg kam deutliche Kritik an den Plänen des Bundeswirtschaftsministeriums (BMWi) zu der 2016 geplanten Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) auf. „Der Ausbau der Windenergie darf nicht ausgebremst werden“, sagte Wolfgang Lemb, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall. „Die IG Metall will die Windbranche mit inzwischen 150 000 Beschäftigten weiter voranbringen“, das machte auch Meinhard Geiken, Bezirksleiter der IG Metall Küste, deutlich.

BMWi KÜNDIGT KONSENS AUF

Es ist noch keine zwei Jahre her, als mit der EEG-Reform 2014 nach intensiven Verhandlungen ein Kompromiss zustande kam. Dieser legte für die Windenergie an Land einen Ausbaukorridor von 2500 MW netto – das Repowering alter Anlagen durch neue nicht eingerechnet – pro Jahr fest. Dieser Kompromiss sollte langfristig stabile Rahmenbedingungen bringen. Stattdessen laufen nun die Vorschläge

für die EEG-Reform 2016 auf eine Halbierung des Marktes hinaus. Künftig sollen für Wind an Land nur mindestens 2000 MW Brutto ausgeschrieben werden – Repowering inklusive. Und dies, obwohl das BMWi in einer eigenen Marktanalyse ein jährliches Ausschreibungsvolumen von durchschnittlich 4400 MW brutto für die Jahre 2016 bis 2035 ermittelt hat.

KEIN STARRER DECKEL

Die strikte Begrenzung des Ausbaus der erneuerbaren Energien auf einen

Anteil von 45 Prozent am Bruttostromverbrauch deckelt auch den Ausbau der Offshore Windenergie. Ab 2020 wird die Ausschreibung auf 800 MW pro Jahr begrenzt. Bestehende Projektplanungen sollen eingeholt und im Rahmen eines zentralen staatlichen Modells völlig neu vergeben werden. Das wird die Branche erneut verunsichern und Arbeitsplätze gefährden.

„Stattstarrer und viel zu niedriger Kapazitätsobergrenzen brauchen wir mehr wirtschaftliche Dynamik. Sie soll Innovationen und die weitere Indus- ➤



Teilnehmende der Betriebsrätekonferenz des IG Metall-Netzwerks Windindustrie in Hamburg

➤ Fortsetzung von Seite 1

trialisierung von Fertigungsprozessen vorantreiben, um eine kosteneffiziente Energiewende zu ermöglichen“, betonte Lemb.

AUSSCHREIBUNGEN

Die IG Metall hat immer betont, dass Ausschreibungsmodelle die Erwartungen, die in sie gesetzt werden, nicht erfüllen werden. Das BMWi will die erneuerbaren Energien mit Hilfe von Ausschreibungen an den Markt herantreiben. Es erwartet davon aber keinen Beitrag zur Kostensenkung. Zentrales Anliegen muss es jedoch sein, statt einer Konzentration auf wenige große Projektierer oder Energiekonzerne, die von dem Umstieg auf Ausschreibungen profitieren, auch weiterhin eine Vielfalt von Akteuren einzubeziehen. Bürgerprojekte, kleine Stadtwerke und Genossenschaften erhöhen zudem die Akzeptanz bei der Umsetzung neuer Windprojekte.

EEG-Reform 2016 im Detail

Forderungen des Netzwerks Windindustrie der IG Metall

IG Metall und Betriebsräte aus Unternehmen entlang der gesamten Produktionskette der Windindustrie haben ihre Forderungen an die Reform des EEG diskutiert und vier zentrale Forderungen aufgestellt:

- ✂ Mehr Flexibilität statt einer starren Obergrenze von 45 Prozent bis 2025 beim Ausbau der erneuerbaren Energien. Die Industrie braucht ein ausreichendes Volumen bei Ausschreibungen für Windanlagen, damit sich Investitionen in innovative Fertigungsprozesse lohnen, mit denen eine kosteneffiziente Entwicklung weiter vorangetrieben wird.
- ✂ Der im EEG 2014 festgelegte Ausbaukorridor für Wind an Land muss be-

stehen bleiben. Daraus ergibt sich ein jährliches Ausschreibungsvolumen von 4 200 MW brutto. Die bisher vorgesehenen 2 000 MW gefährden die wirtschaftliche Entwicklung der Branche.

- ✂ Erhalt von Planungs- und Rechtssicherheit bei Wind Offshore, statt völlig neuer Verfahren und flexible Öffnung des Ausbaukorridors ab 2020 über 800 MW pro Jahr hinaus.
- ✂ Akzeptanzsicherung für neue Projekte durch Einbeziehen einer großen Vielfalt von Akteuren. Deshalb Einführung einer so genannten „Deminimis-Regelung“ für Wind an Land im Rahmen der EU-rechtlich zulässigen Höhe von Projekten mit bis zu sechs Anlagen mit je bis zu drei MW.

WISMARER APPELL

Nordländer, IG Metall Küste und Wirtschaftsverbände machen Druck in Berlin

Die IG Metall Küste unterstützt den Wismarer Appell für einen weiteren Ausbau der Windenergie an Land und auf See, mit dem die Regierungschefs der norddeutschen Bundesländer und Branchenvertreter auf Änderungen bei der Reform des Erneuerbare Energien Gesetzes (EEG) drängen. „Mit den fünf Ministerpräsidenten an der Spitze müssen wir jetzt gemeinsam in Berlin kräftig Wind machen. Durch die von der Bundesregierung geplante Deckelung des Ausbaus geht der Branche sonst wieder die Puste aus“, sagte Meinhard Geiken, Bezirksleiter der IG Metall Küste nach Unterzeichnung des Appells in Wismar.



»Siemens Wind Power baut in Cuxhaven eine neue Fertigung für Offshore Maschinenhäuser mit rund 1000 Arbeitsplätzen. Dafür haben wir lange gekämpft, nachdem bisher vor allem im europäischen Ausland produziert wird. Was beim EEG jetzt vorgelegt wurde, macht uns große Sorgen. Statt Rückenwind zu bekommen, werden wir ausgebremst. Wir müssen den „Fadenriss“ für die Branche verhindern.«
Thomas Ahme, stellvertretender Betriebsratsvorsitzender, Siemens AG – Niederlassung Hamburg



»Nach Paris hatte ich von der Politik erwartet, dass sie den Ausbau der erneuerbaren Energien energisch vorantreibt. Stattdessen soll jetzt der Ausbau der Windenergie

gedeckt werden. Das hat Auswirkungen auf die ganze Produktionskette, die auch wir zu spüren bekommen. Hier geht es nicht nur um Megawattstunden, hier geht es um Arbeitsplätze in der Industrie.«

Christian Julius, Betriebsratsvorsitzender, ThyssenKrupp Rothe Erde GmbH



»Bei der Offshore Windindustrie hatten wir eine schwierige Startphase und haben einiges an Lehrgeld bezahlt. Jetzt laufen die Prozesse endlich, aber ohne Planungssicherheit wird nicht investiert. Mit der EEG-Reform soll wieder das gesamte Planungsverfahren umgekrempelt werden. Für uns heißt das ganz konkret: Kurzarbeit null. So kann es nicht weitergehen.«
Alan-Thomas Bruce, Betriebsratsvorsitzender, PowerBlades GmbH